

**§ 4 – Verwendung der Mittel**

Mittel für die in § 2 aufgeführten Geltungsbe-  
reiche dürfen nur für die satzungsmäßigen  
Zwecke der einzelnen Bereiche verwendet  
werden.

**§ 5 – Auflösung einer steuerbegünstigten (gemeinnützigen) Körperschaft oder Wegfall des steuerbegünstigten Zwecks**

Bei Auflösung einer in § 2 aufgeführten steuerbegünstigten (gemeinnützigen) Körperschaft oder bei Wegfall des steuerbegünstigten Zwecks fällt das Vermögen der Körperschaft an die Stadt Meerane, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.

**§ 6 – Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Meerane, 16.12.2003

Prof. Dr. L. Ungerer, Bürgermeister

**Hinweis nach § 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO):**

Gemäß § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der SächsGemO zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist
  - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
  - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den Ziffern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

**Bekanntmachung des  
AZV Götzenthal**

In der Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Götzenthal am 17.12.2003 wurden folgende Satzungen beschlossen:

- Gebührensatzung zur Abwassersatzung
- Satzung über die Entsorgung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben (Entsorgungssatzung).

**Hinweis gem. § 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in Verbindung mit §§ 5 und 47 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG):**

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 52 SächsGemO in Verbindung mit § 5 Abs. 3 und § 47 Abs. 2 SächsKomZG widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
  - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
  - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannte Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

**Gebührensatzung zur Abwassersatzung (GebS) vom 17.12.2003**

Auf der Grundlage des § 63 des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 1998 (SächsGVBl. S. 393), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 01. September 2003 (SächsGVBl. S. 418, 423), §§ 47, 60 Abs. 3 in Verbindung mit §§ 5 und 6 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) vom 19. August 1993 (SächsGVBl. S. 815, ber. S. 1103), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 04. März 2003 (GVBl. S. 49, 54) und der §§ 4, 14 und 124 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung der Neufassung vom 18. März 2003 (SächsGVBl. S. 55), §§ 2, 9, 17 und 33 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) vom 16. Juni 1993 (SächsGVBl. S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Januar 2003 (SächsGVBl. S. 2, 5) hat die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Götzenthal am 17.12.2003 nachfolgende Satzung beschlossen.

**I. TEIL – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN****§ 1 – Erhebungsgrundsatz**

Der Abwasserzweckverband Götzenthal (im Folgenden: AZV) erhebt für die Benutzung der öffentlichen Einrichtung (§ 1 Abs. 1 Satz 1 Abwassersatzung) Abwassergebühren in Form einer Abwassergrundgebühr und einer Entsorgungsgebühr.

**§ 2 – Allgemeines**

Die in dieser Satzung verwendeten Begriffe richten sich nach der Abwassersatzung des AZV in der jeweils geltenden Fassung.

**II. TEIL – GEBÜHRENERHEBUNG****§ 3 – Gebührenschuldner**

(1) Schuldner der Abwassergebühr ist der Grundstückseigentümer. Der Erbbauberechtigte oder der sonst dinglich zur baulichen Nutzung Berechtigte ist anstelle des Grundstückseigentümers Gebührenschuldner.

(2) Gebührenschuldner für die Gebühr nach § 4 Abs. 3 ist derjenige, der das Abwasser anliefern.

(3) Mehrere Gebührenschuldner für dasselbe Grundstück sind Gesamtschuldner.

**§ 4 – Gebührenmaßstab**

(1) Die Abwassergrundgebühr wird als Gegenleistung für die Bereitstellung der öffentlichen Einrichtung erhoben. Sie wird pro Grundstück nach der jeweiligen Anzahl der vorhandenen Wasserzähler nach Wasserzählergrößen oder bei deren Nichtvorhandensein nach der Anzahl der für das Grundstück erforderlichen Wasserzähler nach Wasserzählergrößen berechnet.

Dabei wird die Verbrauchsleistung der Wasserversorgungsgrundstückszuleitung zugrunde gelegt.

(2) Die Entsorgungsgebühr wird nach der Abwassermenge bemessen, die auf dem an die öffentlichen Abwasseranlagen der öffentlichen Einrichtung angeschlossenen Grundstück anfällt (§ 5 Abs. 2).

(3) Bei sonstigen Einleitungen (§ 7 Abs. 4 Abwassersatzung) bemisst sich die Entsorgungsgebühr nach der in die öffentliche Einrichtung eingeleiteten Wassermenge.

(4) Wird Abwasser, das außerhalb des Verbandsgebietes anfällt oder nicht der Beseitigungspflicht des AZV unterliegt, zu einer öffentlichen Abwasserbehandlungsanlage des AZV gebracht, bemisst sich die Entsorgungsgebühr nach der Menge des angelieferten Abwassers.

**§ 5 – Wasserzähleranzahl, -größe, Abwassermenge**

(1) In dem Veranlagungszeitraum (§ 9 Abs. 5) gilt im Sinne von § 4 Abs. 1 als Anzahl Wasserzähler die Anzahl

- der zur Ermittlung der nach Absatz 2 als angefallen geltenden Abwassermenge eingebauten (vorhandenen) Wasserzähler (§ 4 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 1) - (ohne Zwischenzähler) - oder
- der zur Ermittlung der nach Absatz 2 als angefallen geltenden Abwassermenge erforderlichen Wasserzähler (§ 4 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 2) – (ohne Zwischenzähler) – je angeschlossenem Grundstück zum Zeitpunkt der Entstehung der Pflicht, Gebühren zu entrichten (§ 10 Abs. 1).

Als Wasserzählergröße gilt der nach DIN mögliche Nenndurchfluss (Qn) in m³/h und bei Großwasserzählern die Zählernennweite. Befinden sich auf dem Grundstück nicht nur vorübergehend mehrere Wasserzähler (ohne Zwischenzähler), so gilt als Wasserzähleranzahl die Summe aller vorhandenen Wasser-

(Fortsetzung auf Seite VII)